

Einleitung der Herausgeber

We do not need a new Keynes; we do need the old Keynes, suitably updated. He will not be our sole guide to the economic future, but he remains an indispensable guide.

Robert Skidelsky (2011, S. 13)

1 Die Renaissance von John Maynard Keynes

In den vergangenen Jahren erlebte die Weltwirtschaft die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Der dadurch notwendig gewordene Rückgriff der Wirtschaftspolitik auf keynesianische Instrumente zur Krisenbekämpfung und die frisch entflammte Diskussion über die Relevanz des vorherrschenden neoklassischen Paradigmas haben ein neues Interesse an John Maynard Keynes und seiner Wirtschaftstheorie ausgelöst.

Mit einem gewissen zeitlichen Abstand lässt sich heute festhalten, dass die schlimmsten Auswirkungen der jüngsten Krise nicht zuletzt deshalb vergleichsweise schnell überwunden werden konnten, weil keynesianische Maßnahmen, insbesondere eine expansive Fiskalpolitik, weltweit relativ zügig und mit großem Erfolg eingesetzt wurden. Selbst konservative Zentralbanken und Regierungen, die einer keynesianisch orientierten Geld- und Fiskalpolitik eher ablehnend gegenüberstanden – wie die Europäische Zentralbank, die noch kurz vor Ausbruch der Krise im Juli 2008 den Leitzins erhöht hatte, – schwenkten nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008, als aus der Finanzkrise urplötzlich eine weltweite Wirtschaftskrise wurde, schnell auf eine expansive Geldpolitik mit Niedrigzinsen um bzw. legten große Konjunkturprogramme auf. Auch etliche Wirtschaftswissenschaftler, die noch bis dato gegenüber der keynesianischen Theorie sehr kritisch waren, bezogen sich plötzlich auf den wohl einflussreichsten Ökonomen des letzten Jahrhunderts. Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat damit innerhalb kürzester Zeit zu einer erstaunlichen Renaissance von Keynes, einem großen Interesse an seinem Werk und zu einer Wiederentdeckung seiner Lehren geführt.

Wir wollen mit der vorliegenden Publikation der Frage nachgehen, was die Krise und was das Comeback von John Maynard Keynes für die Wirtschaftswissenschaften bedeutet. Auf den ersten Blick zeichnen sich bereits zwei grundverschiedene Antwortmöglichkeiten ab: Entweder handelt es sich nur um ein kurzes Strohfeuer keynesianischen Gedankengutes, das erlischt, sobald die Krise endgültig überwunden ist. Oder wir stehen möglicherweise vor einem neuen Diskurs über die generelle Sichtweise in den Wirtschaftswissenschaften – gewissermaßen ein keynesianisches Revival. Konkret lassen sich damit zwei verschiedene Bündel von Fragen verbinden:

1. Ist die Keynesische Analyse nur in Ausschnitten und allenfalls in einer historisch eher seltenen „keynesianischen Situation“ – wie wir sie gerade erlebt haben – brauchbar? Ist uns Keynes nur nützlich, um eine tiefgreifende, nachfragebedingte Rezession zu verstehen und adäquat zu bekämpfen?
2. Oder sind die jüngsten Vorkommnisse auf den Finanz- und Gütermärkten ein Beleg dafür, dass das seit vielen Jahren dominierende Paradigma sich als nicht brauchbar für die Analyse und die Gestaltungsprinzipien der Ökonomie erwiesen hat? Hat nicht Keynes mit seiner Betonung von grundsätzlicher Unsicherheit, dem Zweifel an der inhärenten Stabilität von Finanzmärkten und an der Vollbeschäftigungsprämisse der Neoklassik den letztlich fruchtbareren Ansatz zu bieten, der es verdient, wieder stärker als bisher beachtet zu werden?

Keynes' eigene Antwort auf diese Fragen wäre wohl klar gewesen, wie sich bereits aus dem Titel seines Hauptwerkes ableiten lässt. Keynes war überzeugt, eine „Allgemeine Theorie“ über die Funktionsweise einer Marktwirtschaft aufgestellt zu haben, und nicht etwa eine spezielle, die nur für historisch außergewöhnliche Phasen Gültigkeit beanspruchen kann. Dies ist allerdings im Zuge einiger „Synthesen“ zwischen keynesianischer und neoklassischer Theorie und durch übervereinfachte Lehrbuchversionen des keynesischen Paradigmas im Laufe der Zeit weitgehend in Vergessenheit geraten.¹

¹ Gemäß dem Motto “Lord Keynes, with some people for friends you don't need enemies” (Kalmbach/Kurz 1986) sollten so manche Umarmungsversuche des Mainstreams grundsätzlich skeptisch gesehen werden.

Mit dem unerwartet kräftigen Wirtschaftsaufschwung, der sich in Deutschland in 2010 und Anfang 2011 ereignet hat, klang hierzulande das Interesse an Keynes und seinen Theorien schon wieder merklich ab. Die fundamentalen Opponenten der Keynesschen Lehre versuchen, wieder Oberwasser zu erlangen, indem sie auf die in vielen Ländern stark gestiegene Staatsverschuldung verweisen und dafür wesentlich den Einsatz keynesianischer Konjunkturprogramme verantwortlich machen. Damit unterschlagen sie zum einen, dass die Reaktionen der Regierungen fast überall auf der Welt auf den Lehren aus der verheerenden Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre fußten und dass dank des aktiven Gegensteuerns mit größter Wahrscheinlichkeit ein noch wesentlich stärkerer Einbruch mit unabsehbaren Folgen für die Beschäftigung abgewendet werden konnte. Zum anderen wurde ein nicht geringer Teil der erforderlichen staatlichen Mehrausgaben nicht für eine klassische Nachfragestützung, sondern für die Rettung des kurz vor der „Kernschmelze“ stehenden Banken- und Finanzsystems eingesetzt, von wo die jüngste Krise letztlich ihren Ausgang nahm.

Zudem ist es unserer Überzeugung nach viel zu kurz gegriffen, Keynes einzig als „Krisenökonom“ anzusehen, dessen Theorie einem außer in nachfragebedingten Rezessionen nichts zu sagen hätte. Es lässt sich aus unserer Sicht schwerlich bestreiten, dass die Keynesschen Analysen und Konzeptionen weit über eine theoretische Fundierung anti-zyklischer Fiskalpolitik hinausgehen, mit der Keynes' Name in der Öffentlichkeit vorwiegend verbunden ist. Die keynesianische Theorie zeichnet sich gegenüber dem Mainstream durch etliche diametrale Konzeptionen aus, so dass sich Keynes nicht auf die schlichte Annahme von Preisrigiditäten reduzieren und damit in das neoklassische Paradigma integrieren lässt, wie dies immer wieder versucht wurde. Neben der Betonung der Bedeutung von fundamentaler Unsicherheit, der Instabilität von Finanzmärkten, der Zurückweisung des Sayschen Gesetzes und der darauf basierenden Möglichkeit eines dauerhaften Unterbeschäftigungsgleichgewichts (um nur einige Unterschiede zu nennen) tritt im Keynesschen Werk aber auch immer wieder der konkrete Anwendungsbezug seiner Theorie zur Beantwortung aktueller ökonomischer und sozialer Fragestellungen hervor.

In seinem lesenswerten Beitrag „Out of the corridor: Keynes and the crisis“ hat Axel Leijonhufvud (2009) es als die wichtigste Lehre von Keynes bezeichnet, dass der Makroökonom seine soziale Verantwortung ernst nehmen, sich auf die drängendsten wirtschaftspolitischen Probleme

seiner Zeit konzentrieren und geeignete Lösungstherapien entwickeln sollte. Dabei rücken laut Leijonhufvud im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise drei Fragen in den Vordergrund:

- (i) How are we to understand what is happening right now?
- (ii) What can be done about it? What is the best policy to follow?
- (iii) Do recent events force us to modify what, today, is widely accepted economic theory? If so, what is wrong and how might we go about arriving at a more satisfying theory?²

Zurecht identifiziert der Keynesianer Leijonhufvud als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise die phasenweise recht expansive Geldpolitik der Federal Reserve, die mit ihren sehr niedrigen Zinsen zu einer Inflation der Vermögenspreise geführt habe, und knüpft damit an ein zentrales Element der österreichischen Konjunkturtheorie von Mises' und Hayeks an. Wie er weiter betont, sei es angesichts des Ausmaßes der Bankenkrise eine Vorbedingung für die Wirksamkeit keynesianischer Konjunkturprogramme, dass der Staat bzw. die Zentralbanken die enormen finanziellen Sickergruben stilllegen. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik müsse die Kapitalbilanzen daher ebenso beachten wie die Einkommensbilanzen:

Nationalisation of the crippling losses of the financial sector – whether or not the financial institutions are nationalised outright or just “bailed out” – is a precondition for old-fashioned “Keynesian” stimulus to work (Ibid, S. 746).

In der Theorie von Keynes könnten zwar von finanziellen (Fehl-)Entwicklungen Verstärkereffekte ausgehen, diese seien jedoch – wie bei Hayek – aufgrund anderer Ursachen endogen gegenüber Schwankungen der realwirtschaftlichen Größen. Im Gegensatz dazu hätte Minsky sehr viel klarer zum Ausdruck gebracht, dass die entscheidende Ursache der Instabilität im modernen Kapitalismus von den Finanzmärkten ausgehe, was mit den empirischen Fakten der vergangenen zwei Dekaden im Einklang stehe. Allerdings ist gegenüber Leijonhufvud zu betonen, dass Minsky selbst die von ihm bereits vor mehr als drei Jahrzehnten for-

² Leijonhufvud (2009, S. 741).

multierte *finanzielle Instabilitätshypothese*³ als eine Weiterentwicklung und keinen Gegensatz zu Keynes'schen Überlegungen angesehen hat:

In der Keynes'schen Theorie liegt der unmittelbare Grund für den transitorischen Charakter einer jeden Phase im Konjunkturzyklus in der Instabilität der Investitionen; der tiefere Grund von Zyklen in einer Ökonomie mit kapitalistischen Finanzinstitutionen liegt indes in der Instabilität der Portfolios und der gegenwärtigen finanziellen Beziehungen. (Minsky 1975, S. 57).

Wechselnde Auffassungen der Marktakteure über die unsichere Zukunft führen unmittelbar zu Veränderungen der Wertpapierkurse, der Bewertung finanzieller Bestände, von Kreditkonditionen usw. und rufen somit ein zusätzliches Element der Unruhe und Unsicherheit bei allen Investitionsentscheidungen hervor.

Nach unserer Auffassung stellen die keynesianische und die post-keynesianische Theorie grundsätzlich brauchbare Anknüpfungspunkte dar, um auch das heutige Finanzmarkt dominierte Wirtschaftssystem analysieren und darauf aufbauende Politikempfehlungen abgeben zu können. Sicherlich ist es eine Herausforderung, Keynes' vor rund siebzig und mehr Jahren entwickelte Ideen auf die heutige globalisierte Welt mit ihren weltumspannenden und integrierten Finanzmärkten anzuwenden. Die Finanzindustrie mit ihren komplexen „Produkten“, die weiter fortgeschrittene Globalisierung und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien haben neue Bedingungen und Möglichkeiten für wirtschaftliches Handeln geschaffen, die so zu Keynes' Zeiten nicht existierten. Daher stellt sich selbstverständlich die Frage, an welchen Stellen und inwiefern die Theorie von Keynes modernisiert werden kann und muss. Obwohl der „alte Keynes“ im Sinne der eingangs zitierten Bemerkung von Skidelsky sicherlich „upgedated“ werden muss, stellt er aus unserer Sicht noch immer eine überzeugendere Basis für weitergehende Theorieentwicklungen dar als das brüchige Fundament, auf dem der gegenwärtige Mainstream errichtet wurde.

³ Vgl. Minsky (1975, 1977a, 1977b).

2 Die Krise der Wirtschaftswissenschaften

Zahlreiche Beiträge in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, aber auch in Publikumszeitungen sowie in Blogs und Foren im Internet kritisieren seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Vehemenz den wissenschaftlichen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften. Eine Reihe von Argumenten spricht dafür, dass mit den Ereignissen an den Weltfinanz- und Gütermärkten nicht nur die Volkswirtschaften, sondern auch die Volkswirtschaftslehre in eine tiefe Krise geraten ist. So lauten die seitdem vermehrt geäußerten Vorwürfe unter anderem, dass ...

- der Mainstream die Krise nicht vorausgesehen hat,
- der Mainstream der Effizienzmarkt-Hypothese folgt, der zufolge es Blasen auf Vermögensmärkten nicht geben kann,
- der Mainstream von einem vollständig rationalem Verhalten der Individuen ausgeht,
- auch der so genannte „New Keynesianism“ auf neoklassischen Säulen errichtet ist, so dass wesentliche Teile der fundamentalen Kritik an der neoklassischen Sichtweise auch auf die Vertreter dieser Richtung zu treffen.⁴

Auch die in Deutschland vor einiger Zeit geführte Debatte – die etwas überhöht als „Neuer Methodenstreit“⁵ bezeichnet wurde – zeigte auf, dass auch innerhalb der Profession in Deutschland eine gewisse Unzufriedenheit mit der Vorgehensweise, der Methodologie und den Resultaten der gängigen Wirtschaftstheorie existiert.

Im zweiten Kapitel seines jüngsten Bestsellers *Keynes: The Return of the Master* untersucht Skidelsky (2009), ebenso wie zahlreiche Autoren in diesem Band, die dritte von Leijonhufvud (2009) aufgeworfene Frage nach den Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die ökonomische Theorie und gelangt dabei zu einem ebenso verheerenden Ergebnis bezüglich der herrschenden Wirtschaftstheorie wie Keynes in den

⁴ Der „New Keynesianism“ sollte ohnehin korrekterweise als „New Neoclassical Synthesis“ bezeichnet werden. Paul Krugman hat sich in einer Reihe von Beiträgen in jüngerer Zeit recht kritisch gegenüber dem angeblichen keynesianischen Gehalt des „New Keynesianism“ geäußert; vgl. z.B. Krugman (2009).

⁵ Vgl. zu einer guten Darstellung und historischen Einordnung dieses vorwiegend methodologischen Schlagabtausches Rothschild (2010).

1930er Jahren. In der kontroversen Debatte um das jeweilige Ausmaß von Marktversagen bzw. Staatsversagen besteht für Skidelsky kein Zweifel, dass auch ein *Theorieversagen* konstatiert werden muss. Dabei schneiden die „neukeynesianischen“ Salzwasserökonomien kaum besser ab als die Süßwasserökonomien der Chicago-Schule. Zwar hätten sie nicht solche Absurditäten hervorgebracht wie die Forderung nach der Abschaffung der Makroökonomik im Lehrplan der wissenschaftlichen Hochschulen oder das völlige Unverständnis der gegenwärtigen Krise eines Eugene Fama, dem Urheber der Effizienzmarkthypothese. Letztere bilde zusammen mit der Hypothese rationaler Erwartungen sowie der Theorie realer Konjunkturzyklen, der den intertemporalen Nutzen maximierende repräsentative Haushalte zugrundeliegen, den Kern neoklassischer „Makro“-Ökonomie. Mit der weitgehenden Akzeptanz dieser Grundprämissen im Konsensus der neuen neoklassischen Synthese hätten auch „Neukeynesianer“ zu ihrem Scheitern in den Erklärungsversuchen der Wirtschaftskrise beigetragen, auch wenn sie durch den Einbau von Rigiditäten, etwa bei Preisen und Löhnen, versucht hätten, Elemente des „gesunden Menschenverstandes“ in ihre ökonomische Logik einzubauen.

Welche Folgen die Wirtschaftskrise für die Weiterentwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie konkret haben wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Es wäre mehr als vermessen vorherzusagen, dass die Wirtschaftswissenschaften unmittelbar vor einer „Scientific Revolution“ im Sinne von Thomas Kuhn stehen. Der ökonomische Mainstream sieht sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch mit einer Reihe von ganz grundsätzlichen Fragen konfrontiert, die auch aus anderen Ecken als der keynesianischen kommen und die durchaus an den Grundfesten dieser Theorie rühren. Diesen Herausforderungen wird er sich stellen müssen.

3 *Keynes 2.0 – Das Buch*

Die vierzehn Beiträge des vorliegenden Jahrbuchs *Ökonomie und Gesellschaft* beschäftigen sich aus verschiedenen Perspektiven mit neuen, aber auch mit klassischen Fragen zum Keyneschen Werk, mit den Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise und mit den Lehren, die hieraus für die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftstheorie gezogen werden sollten.

Jürgen Kromphardt, der Gründungsvorsitzende der Keynes-Gesellschaft, betont im ersten Beitrag dieses Bandes *Finanzmärkte und Realwirtschaft in der Weltwirtschaftskrise 1929-32 und in Keynes' „General Theory“* die große Bedeutung der Finanzmärkte für den Ausbruch und den bisherigen Verlauf der Wirtschaftskrise. Er liegt damit ganz auf der Linie von Leijonhufvud (2009), der hervorhebt, dass die entscheidenden Störungen in den letzten beiden Jahrzehnten im Wesentlichen von den Finanzmärkten ausgingen. Wie Kromphardt noch einmal betont, standen auch am Anfang der Weltwirtschaftskrise mit dem Börsencrash an der Wallstreet im Herbst 1929 und anschließenden Bankenzusammenbrüchen wichtige Störungen auf den Finanzmärkten, von denen die entscheidenden negativen Impulse auf Produktion und Beschäftigung ausgingen. Angesichts dessen ist es erstaunlich, dass die Finanzkrise in der Keynesschen *General Theory* nur eine sehr geringe Rolle spielt und im Wesentlichen nur in ihren Auswirkungen auf die langfristigen Erwartungen der Unternehmerinvestoren in Kapitel 12 diskutiert wird.⁶ Kromphardt zieht in seinem Beitrag daher auch frühere Schriften von Keynes heran, um die Keynessche Position zu verdeutlichen. Diese liege darin, dass Börsenkrise und Bankenzusammenbrüche zwar Auslöser und Verstärker der Weltwirtschaftskrise gewesen seien, die katastrophale Dynamik sich danach aber in der Realwirtschaft entfaltet habe, auf die sich Keynes daher in der *General Theory* konzentrierte.

In seinem Beitrag *Die neukeynesianische Makroökonomie im Spiegel konkurrierender Weltbilder* setzt sich Peter Spahn kritisch mit der neuen neoklassischen Synthese auseinander, insbesondere mit dem ihr zugrunde liegenden Paradigma der intertemporalen Nutzenmaximierung eines repräsentativen Haushalts, wodurch zentrale Koordinationsprobleme, die im Fokus keynesianischer Makroökonomik stehen, systematisch ausgeblendet werden. Der Fundamentalismus der von Lucas begründeten rigiden Mikrofundierung der Makroökonomik, der letztere überflüssig mache, offenbare in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise seine gesamte Schwäche. Da gesamtwirtschaftliche Schwankungen stets bei mikroökonomischem Gleichgewicht ablaufen, gibt es bei rationalen Erwartungen der Akteure keinerlei therapeutische Legitimation für Geld- und/oder Fiskalpolitik. Zudem erfordere die intertemporale Optimierung des Konsums die Existenz eines perfekten Finanzmarktes. Gleichwohl macht

⁶ Vgl. ausführlicher Hagemann (2009).

Spahn in seiner differenzierten Abhandlung die neukeynesianische Makroökonomie weder für die jüngste Finanzkrise mitverantwortlich noch will er sie permanent exorzieren, sondern er plädiert für ihre Weiterentwicklung insbesondere in informationstheoretischer Sicht, um die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsmuster kapitalistischer Volkswirtschaften besser zu erfassen. Diese seien durch eine hohe Persistenz der Makrovariablen gekennzeichnet, so dass die Hypothese adaptiver Erwartungen angesichts der empirischen Daten realistischer sei als diejenige rationaler Erwartungen. Die Überwindung der Kunstfigur des repräsentativen Wirtschaftssubjektes und der damit verbundenen „adhockery“ bei der mikroökonomischen Fundierung, die Axiome postuliere, die nicht auf empirischen Befunden basieren, sei daher für den Fortschritt der makroökonomischen Theorie notwendig. Eine Mikrofundierung bei heterogenen Akteuren macht die Rückbesinnung auf den Keynesischen Investor ebenso erforderlich wie auf Schumpeters innovierenden Unternehmer oder die Berücksichtigung des zentralen Gedankens von Hayek, wonach Märkte die Funktion haben, Informationen zu bündeln, die individuelle Wirtschaftssubjekte nicht besitzen können.

Oliver Landmann betont in seinem Beitrag *Makroökonomische Kontroversen in Deutschland und die Krise von 2009* wie radikal sich die makroökonomische „Großwetterlage“ und damit auch die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verändert habe. Zweifelsohne habe der „keynesianische Augenblick“ im Sinne von Paul Krugman zu einer „Rückkehr der Ökonomie der Depression“ geführt. Damit ist zumindest kurzfristig die vorherige Dominanz der „neuen neoklassischen Synthese“ bzw. der Konsens der „Great Moderation“⁷ schwer erschüttert. Landmann fragt jedoch vor allem auch nach den langfristigen Konsequenzen für die makroökonomische Theorie. Dabei ist er in seinen Schlussfolgerungen nicht so radikal wie Skidelsky (2009), der die neue neoklassische Synthese dauerhaft über Bord werfen möchte, sondern plädiert für einen „zweihändigen Ansatz“. Ganz im Sinne von Paul Samuelson, der einmal betonte, dass Gott den Ökonomen zwei Augen gegeben habe – eines für die Nachfrage, das andere für das Angebot – betont Landmann die längerfristige Bedeutung einer koordinierten angebots- und nachfragepolitischen Strategie für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik. Der Spielraum für eine inflationsfreie

⁷ Vgl. Goodfriend (2007).

Nachfrageexpansion sei jenseits der Krise begrenzt und müsse durch eine angebotsseitige Politik, die auf die Senkung der NAIRU abziele, erweitert werden. Umgekehrt würde eine alleinige Ausdehnung der Angebotskapazität einer Volkswirtschaft einen deflationären Lohn- und Preissenkungsdruck hervorrufen. Eine stärkere Ankurbelung der Binnennachfrage durch die Fiskalpolitik in Deutschland bei einer eher passiven Rolle der Lohnpolitik sei auch die geeignete Strategie, um die makroökonomischen Divergenzen in der Eurozone zu überwinden.

Landmanns Beitrag ist auch durch das von Leijonhufvud bereits 1973 entwickelte Korridorconcept inspiriert worden, wonach zwei potentielle Verhaltensweisen von Volkswirtschaften im dynamischen Ungleichgewicht zu unterscheiden sind. Innerhalb des Korridors, d.h. in der Nähe des hypothetischen langfristigen Wachstumspfades, wirken die automatischen Stabilisatoren, so dass keine Notwendigkeit für wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates bestünde. Unter solchen Bedingungen, wie sie in der Ära der „Great Moderation“ geherrscht hätten, müssen die Spielräume für preisstabiles Output- und Beschäftigungswachstum auf der Angebotsseite geschaffen werden. Außerhalb des Korridors, d.h. bei größeren Störungen hingegen, würden die Bedingungen der Ökonomie der Depression gelten. Unter diesen Bedingungen sind staatliche Eingriffe im Sinne von Keynes, insbesondere fiskalpolitische Maßnahmen, unverzichtbar, um kumulative destabilisierende Prozesse zu vermeiden. Das zentrale Problem für die Wirtschaftspolitik lautet daher: Befindet sich die Volkswirtschaft innerhalb oder außerhalb des Korridors? So überzeugend die von Landmann vor dem aktuellen Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wiederbelebte Korridor-Hypothese von Leijonhufvud (1973) ist, ein entscheidendes Problem bleibt: Wie genau bestimmen sich die Grenzen des Korridors, bei dem die dynamischen Anpassungsprozesse einer Ökonomie außerhalb so gänzlich anders verlaufen wie innerhalb des Korridors?

Eine der Unzulänglichkeiten des Mainstream-Paradigmas, die durch die jüngste globale Finanzkrise besonders klar hervortrat, ist die Tatsache, dass in den herkömmlichen wirtschaftswissenschaftlichen Modellen die Wechselwirkungen von Finanz- und Realwirtschaft nicht angemessen analysiert werden können; in einem Großteil der Modelle dieses Ansatzes ist ein Finanzmarkt ohnehin gar nicht erst vorhanden. *Johannes Schmidt* weist in seinem Beitrag *Die Bedeutung der Saldenmechanik für die makroökonomische Theoriebildung* darauf hin, dass in dieser Theo-

rierichtung grundsätzlich die Bedeutung von Geld nicht adäquat berücksichtigt wird, da entweder eine reine Gütertauschwirtschaft modelliert oder – wenn monetäre Aspekte berücksichtigt werden – langfristig von der Neutralität des Geldes ausgegangen wird. Dies widerspricht vollkommen den Intentionen von Keynes, der an einer monetären Theorie der Produktion interessiert war. Schmidt revitalisiert in seinem Aufsatz den in Deutschland vor allem von Wolfgang Stützel entwickelten Ansatz der Saldenmechanik, um die Rolle des Geldes in der Wirtschaft klarer herausstellen zu können. Er zeigt, dass aus saldenmechanischer Sicht die neoklassischen und die neoklassischen makroökonomischen Grundmodelle eine Inkonsistenz bei der Integration des Geldes aufweisen. Wenn man dagegen Schmidt folgend einfache saldenmechanische Zusammenhänge berücksichtigt, werden auch die Denkfehler bei der rein produktionstheoretischen Bestimmung des Zinses deutlich, gegen die sich Keynes bekanntlich gewandt hatte.

Spätestens mit der jüngsten Weltwirtschaftskrise ist der Bedeutungszuwachs, den der finanzielle Sektor in den letzten Jahren gegenüber dem nicht-finanziellen Sektor erfahren hat, überdeutlich geworden. *Eckhard Hein* und *Achim Truger* analysieren die Hintergründe und die Konsequenzen der „Finanzialisierung“ genannten Entwicklung in ihrem Beitrag *Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise – Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal*. Für sie stehen die Auswirkungen der Finanzialisierung auf wichtige makroökonomische Größen wie die Einkommensverteilung, den Konsum und die Sachkapitalinvestitionen im Vordergrund. Als Hauptursache der jüngsten Krise identifizieren sie, außer der unzureichenden Regulierung der Finanzmärkte, die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung sowie die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen. Die damit zusammenhängenden Entwicklungen stellen sie ausführlich am Beispiel der beiden Länder Deutschland und den USA dar. Da ihrer Auffassung zufolge die USA in Zukunft nicht mehr als globale Konjunkturlokomotive werden agieren können, fordern sie einen „globalen keynesianischen New Deal“ ein, um eine ansonsten drohende deflationäre Stagnation zu verhindern. Außer einer Re-Regulierung des Finanzsektors und einer effektiven internationalen makroökonomischen Koordinierung gehören nach Auffassung von Hein/Truger hierzu ebenfalls die Ausrichtung der makroökonomischen Politik an (post-)keynesianischen Prinzipien, um Wachstum und Be-

schäftigung zu fördern und entstandene Ungleichgewichte wieder zu beseitigen.

Ungleichheit und Unausgewogenheit spielen ebenfalls in dem Beitrag von *Hagen Krämer* über *Keynes, Globalisierung und Strukturwandel* eine zentrale Rolle. Krämer wirft zunächst die grundsätzliche Frage nach einer Bilanz der Globalisierung für Wirtschaft und Gesellschaft auf, denn mit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 sind auch die Schattenseiten der Globalisierung wieder deutlicher zu Tage getreten. Sie betreffen neben den unmittelbaren konjunkturellen Abhängigkeiten der Länder voneinander vor allem die Konsequenzen für die Einkommensverteilung sowie das Problem der Leistungsbilanzungleichgewichte und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die jeweiligen nationalen Wirtschaftsstrukturen. In Deutschland hat sich im Zuge der Globalisierung nicht nur ein struktureller Leistungsbilanzüberschuss, sondern damit auch eine interne Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die man mit Keynes als „unausgewogen“ bezeichnen könnte. Keynes hat sich, was weniger bekannt ist, nicht nur mit nachfragebedingter, sondern auch mit Arbeitslosigkeit befasst, die durch den strukturellen Wandel hervorgerufen wird. In Deutschland hat die einseitige Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industriesektoren eine Reihe von problematischen Entwicklungen mit sich gebracht. Basierend auf der zu diesem Zweck propagierten Lohnzurückhaltung ist die Binnenwirtschaft und hier insbesondere der binnenorientierte Dienstleistungssektor im internationalen Vergleich in Deutschland heute unterentwickelt. Nach Krämers Ansicht hat dies auch mit ungerechtfertigten Vorurteilen gegenüber Dienstleistungen per se zu tun, weshalb er einige zentrale Einwände gegenüber Dienstleistungen einer kritischen Überprüfung unterzieht. Da Leistungsbilanzüberschüsse auf Dauer nicht haltbar sind, stellt die Konzentration auf die industriellen Exportsektoren für Deutschland kein Zukunftsmodell dar.

Die Mechanik der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte beschreiben und untersuchen *Dirk H. Ehnts* und *Finn Marten Körner*. In ihrem Beitrag *Wie die Leistungsbilanz die Kapitalbilanz klein erscheinen lässt* nehmen sie eingangs die klassische Aussage von Eugen von Böhm-Bawerk auf, derzufolge die Kapitalbilanz die Leistungsbilanz bestimmt. Demgegenüber vertreten Ehnts/Körner die Auffassung, dass unter der heutigen globalen Wirtschaftsordnung und durch die zunehmende inter-

ationale Arbeitsteilung anders als zu Böhm-Bawerks Zeiten die Leistungsbilanz die Kapitalbilanz dominieren. Die Finanzmärkte sind nach Auffassung der Autoren in der jüngeren Vergangenheit nicht mehr in der Lage gewesen, die entstehenden globalen Leistungsbilanzungleichgewichte richtig einzuschätzen und dieser Tendenz entgegenzuwirken. Daher sei es zu einer „Great Misallocation“ gekommen, einer massiven Verzerrung der internationalen Kapitalverteilung. Eindrückliches Beispiel hierfür ist der Fall USA-China, der in Ehnts/Körners Beitrag im Detail behandelt wird. Hier fließt Kapital „aufwärts“, das heißt von einem Entwicklungs- zu einem Industrieland. Die Autoren gehen der Frage nach, ob diese und andere Fehlentwicklungen der Weltwirtschaft durch eine auf einem aktualisierten Keynes-Plan basierende Reform des Weltwährungssystems gestoppt werden und dies zum Abbau der globalen Ungleichgewichte beitragen könnte.

Während das schwedische Modell einer keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik, ebenso wie früher der „Austrokeynesianismus“, in einer Vielzahl von Studien analysiert worden ist, wurde das norwegische Beispiel einer keynesianischen Mixed Economy in der Literatur nur selten behandelt. *Theo Schewe* setzt sich in seinem Beitrag *Das skandinavische Modell heute – ein Beispiel moderner keynesianischer Wirtschaftspolitik?* intensiver mit dem spezifischen norwegischen Modell auseinander, das seit den späten 1970er Jahren stärker durch die großen Öl- und Gasressourcen geprägt ist. Schewe verdeutlicht jedoch auch die Kontinuitäten einer dem Vorrang der Vollbeschäftigung als Hauptziel verpflichteten Wirtschaftspolitik und deren Modifikationen im Wandel der Zeiten seit der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre. Für die Genesis des norwegischen Modells einer keynesianisch geprägten Ökonomie und die Formulierung ihrer theoretischen Grundlagen spielt die von Ragnar Frisch begründete Osloer Schule eine entscheidende Rolle. Wesentliche Elemente dieser „Keynes-Frisch-Synthese“ oder „sozialdemokratisch-keynesianischen Symbiose“ sind die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einer kleinen offenen Volkswirtschaft und eine korporatistische Einkommenspolitik, die zu großen Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung vermeidet. In dem der norwegischen Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte zugrundeliegenden Aukrust-Modell ist die Geldpolitik dem Primat des Vollbeschäftigungsziels untergeordnet. Hieran hat sich auch durch die Entwicklung zur Rohstoffökonomie seit Mitte der 1970er Jahre nichts Entscheidendes ver-

ändert. Trotz der hieraus resultierenden wichtigen Veränderungen mit stark positiven Wirkungen für die staatlichen Finanzen, aber auch drohenden Inflationsgefahren, weist das norwegische Modell eine erstaunliche historische Beständigkeit auf, die auch die weltwirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahrzehnte überdauert hat. Schewe beleuchtet auch die Schwierigkeiten der Geldpolitik im Spannungsfeld von Wechselkursstabilität und Preisstabilität und die Probleme der Stabilitätsorientierung einer korporativen Einkommenspolitik. Schließlich geht er auch intensiver auf den Nachhaltigkeitsgedanken ein, der dem 1996 eingerichteten staatlichen Rohstofffonds zugrunde liegt, und mit dem Norwegen im internationalen Vergleich nicht nur zu den arabischen Emiraten positiv herausragt.

Die langfristige Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft spielt im nachfolgenden Beitrag von *Harald Hagemann* über *Keynes 3.0: Zu den ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkelkinder* eine entscheidende Rolle. Hagemann analysiert einen von Keynes in der Weltwirtschaftskrise 1930 publizierten Essay, in dem Keynes seine Vision der „Lösung des ökonomischen Problems“ für das Jahr 2030 und die daraus folgenden Konsequenzen entwirft. In seinen ökonomisch-historischen Reflektionen ex post und ex ante verdeutlicht Keynes die Bedeutung der Kapitalakkumulation und des technischen Fortschritts ebenso wie die Kraft des Zinsseszinses. Für das Jahr 2030 prognostiziert Keynes angesichts anhaltenden technischen Fortschritts eine Fünfzehn-Stunden Woche sowie das Übergangproblem einer technologischen Arbeitslosigkeit. Die Keynesischen Prognosen werden im Lichte der bisherigen empirischen Entwicklungen der letzten 80 Jahre von Hagemann ebenso einer kritischen Überprüfung unterzogen wie die von Keynes entworfene Skizze einer Gesellschaftsutopie nach weitgehender Befriedigung materieller Bedürfnisse und seine moralphilosophischen Überlegungen zu einem sinnvollen Freizeitverhalten.

Tobias Kronenberg konstatiert in seinem Beitrag einen bisherigen Mangel in der Auseinandersetzung (post-)keynesianischer Ökonomen mit der weltweiten ökologischen Krise und zeigt *Perspektiven einer ökologischen postkeynesianischen Wirtschaftstheorie* auf. Hierzu vergleicht er zunächst die Sichtweisen ökologischer Ökonomen wie Herman Daly mit denen der Postkeynesianer hinsichtlich der Produktionstheorie, der Konsumtheorie, der dynamischen Wachstumstheorie und daraus abgeleiteter wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen. Im Anschluss

entwickelt Kronenberg ein eigenständiges postkeynesianisches Input-Output-Modell mit disaggregiertem Einkommensmultiplikator, auf dessen Grundlage er die makroökonomischen Effekte eines ökologisch orientierten Strukturwandels des Konsums von materiellen Gütern zu immateriellen Dienstleistungen untersucht. Der Verfasser beendet seinen Beitrag mit einem engagierten Plädoyer für eine Synthese aus postkeynesianischen und ökonomisch-ökologischen Ansätzen in der künftigen Forschung, von der beide Richtungen profitieren würden. Während eine intensivere Auseinandersetzung mit den Fragen eines nachhaltigen Wachstums zu einer größeren Akzeptanz keynesianischer Ansätze vor allem bei jüngeren Ökonomen führen würde, könnte andererseits die ökologische Ökonomik die ihr bisher weitgehend fehlende makroökonomische Dimension erhalten und damit bessere Antworten auf Fragen wie die Entwicklung der Beschäftigung und der Einkommensverteilung geben.

Gemäß der „neuen neoklassischen Synthese“ beeinflusst die Geldpolitik zwar kurzfristig realwirtschaftliche Größen wie das Produktionsvolumen und die Beschäftigung, ist langfristig jedoch neutral, weil Rigiditäten des Preissystems den Marktkräften weichen und damit die „Natural Rate-Hypothese“ zum Tragen kommt. *Ronald Schettkat* und *Rongrong Sun* setzen sich in ihrem Beitrag *Zur (Nicht-)Neutralität der Geldpolitik* kritisch mit diesem „neuen Konsens“ auseinander und untersuchen die Annahmen, die zu den abweichenden Aussagen für die kurze und die lange Frist führen. Abschließend führen sie einige empirische Befunde zu den kurz- und langfristigen realwirtschaftlichen Effekten der Geldpolitik an, die das Postulat langfristiger Neutralität der Geldpolitik theoretisch wie empirisch als fragwürdig erscheinen lassen.

Klaus Dieter John behandelt in seinem Beitrag *Die Schuldenbremse als Instrument der Selbstbindung im politischen Entscheidungsprozess* das im Zuge der Krise ebenfalls wieder zunehmend ins Blickfeld gerückte Thema der Staatsverschuldung. In der Öffentlichkeit erfreut sich die Forderung nach einer Rückführung der Staatsverschuldung vor allem wegen des drastischen Schuldenanstiegs seit 2008/09 enormer Zustimmung. Dabei wird verkannt, dass dieser Schuldenanstieg die zwangsläufige Folge einer auch von sonst Andersdenkenden nahezu ungeteilt begrüßten (und angemessenen) keynesianischen Konjunkturpolitik ist. John zeigt, dass der Schuldenanstieg in Deutschland im internationalen Vergleich äußerst gering ausfällt und erläutert, warum die in Politik und

Öffentlichkeit herrschenden Vorstellungen über die negativen Wirkungen der Staatsverschuldung ökonomisch nicht haltbar sind. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die deutsche Staatsverschuldung, gemessen an der Schuldenstandsquote, seit 1970 nahezu durchgängig gestiegen ist. Mit der mittlerweile im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse beabsichtigt die Politik, diesen Trend umzukehren, indem sie sich selbst bei der Kreditaufnahme Fesseln anlegt. Der Beitrag von John untersucht, warum eine Selbstbindung überhaupt begründet sein sollte. Ferner erläutert er den Mechanismus der deutschen Schuldenbremse, setzt sich kritisch mit Wirkungen und Nebenwirkungen auseinander und stellt die Frage, ob die Möglichkeiten einer aktiven Fiskalpolitik mit Einführung der Schuldenbremse künftig geringer geworden sind.

Dass die Krise der Weltwirtschaft auch eine Krise der vorherrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften herbeigeführt hat, wird in einigen Beiträgen des vorliegenden Bandes thematisiert. *Peter Kalmbach* betont, dass die Krise auch zu Änderungen in der Einstellung gegenüber Markt und Staat und deren jeweiligem Verhältnis geführt hat. Während die dominierende neoklassische Doktrin eine inhärente Stabilität der Märkte und einen möglichst geringen Staatseinfluss auf das Wirtschaftsgeschehen propagiert, hat außer John Maynard Keynes auch Karl Polanyi vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eine der Orthodoxie widersprechende Vorstellung zum Verhältnis von Markt und Staat formuliert. In seinem Beitrag *Markt und Staat in zwei GTs: Keynes' General Theory und Polanyis Great Transformation* diskutiert Kalmbach die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zweier Klassiker der Analyse der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Wie Kalmbach verdeutlicht, lässt sich aus beiden Ansätzen schlüssig ableiten, dass die beherrschende Rolle, die die Finanzmärkte heutzutage über die reale Wirtschaft erlangt haben, dem politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprimat zuwider laufen.

Heinz D. Kurz setzt sich in seinem Beitrag mit dem Titel *Vom Fall und Wiederaufstieg einiger Ideen von Lord Keynes. Oder: Zum trostlosen Zustand einer „elenden Wissenschaft“* mit den Irrungen und Wirrungen des neoklassischen Paradigmas in den Wirtschaftswissenschaften auseinander, die angesichts der jüngsten Weltwirtschaftskrise offenkundig geworden sind und zu etlichen kritischen Nachfragen auch außerhalb der Fachöffentlichkeit geführt haben. Das Versagen von maßgeblichen Teilen der Ökonomik, vor allem der vorherrschenden Makroökonomik und

der Finanztheorie, lässt sich wesentlich auf die einflussreiche Sichtweise der „Chicago School“ zurückführen, die nach dem Ende des keynesianischen Zeitalters ab den 1970er Jahren zur führenden Lehre wurde. Insbesondere Robert Lucas jr. leistete wichtige Beiträge dafür, dass die „New Classical Economics“ mit ihren Annahmen von rationalen Erwartungen, repräsentativen Agenten und der Hypothese der Markteffizienz das keynesianischen Gedankengut marginalisierte. Kurz widmet sich daher ausführlich Lucas' Ansichten, die er mit den Lehren aus der empirischen Entwicklung im Zuge der Krise in Kontrast setzt. Da mit dem Paradigma der Klassiker der Politischen Ökonomie eine andere, überlegene wirtschaftstheoretische Konzeption existiert, lässt Kurz die klassische Aussage von Thomas Carlyle nicht gelten, dass die Ökonomik generell eine „elende Wissenschaft“ sei.

4 *Keynes 2.0 – Die Tagung*

Bei einem Großteil der in diesem Band versammelten Beiträge handelt es sich um überarbeitete schriftliche Abfassungen von Vorträgen, die auf einer gemeinsamen Tagung des *Arbeitskreises Politische Ökonomie* und der *Keynes-Gesellschaft* im Herbst 2009 in Karlsruhe gehalten wurden. Diese Tagung fand unter dem Titel „*Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und -politik*“ vom 9. bis 11. Oktober 2009 an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Hochschule Karlsruhe statt. Während der dreitägigen internationalen Konferenz gingen über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von deutschen und ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in rund 30 Vorträgen der Frage nach, was die Lehren von Keynes zur Erklärung und Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkrisen beitragen können. Außerdem beschäftigte sie, welche Erweiterungen und Anpassungen der keynesianischen Theorie im Lichte der jüngsten Entwicklungen notwendig sind. Als Keynote-Speaker trat im Rahmen eines öffentlichen Vortrags zum einen der Vorsitzende der Keynes-Gesellschaft, Jürgen Kromphardt (Technische Universität Berlin), mit dem in diesem Band abgedruckten Referat auf. Des Weiteren hielt Geoffrey Harcourt (University of Cambridge), der zum Thema „Post-Keynesian policies for modern capitalism“ sprach, während der Tagung eine Keynote-Lecture.

Die Tagung wurde durch eine Reihe von Unternehmen und Institutionen großzügig finanziell gefördert, denen an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Ebenfalls möchten wir uns bei der Hochschule Karlsruhe – Wirtschaft und Technik sowie der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, namentlich dem Rektor der Hochschule Karlsruhe Prof. Dr. Karl-Heinz Meisel und dem Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Michael Riemer, bedanken, die die Konferenz nicht nur durch die Zurverfügungstellung bestens geeigneter Räumlichkeiten hilfreich unterstützt haben.

Nicht zuletzt gilt es hervorzuheben, dass die Tagung nur durch die engagierte Mitarbeit von diversen Helferinnen und Helfern erfolgreich durchgeführt werden konnte. Insbesondere gilt unser Dank Frau Frauke Höfler, ohne deren vorbildlichen und unermüdlichen Einsatz weder die Tagung noch das Rahmenprogramm so perfekt gestaltet worden wäre. Außerdem haben wir uns bei den vielen tatkräftig mithelfenden Studentinnen und Studenten der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Hochschule Karlsruhe herzlich zu bedanken, deren Einsatz von Frau Anja Schaal zuverlässig koordiniert wurde. Besonders hervorzuheben sind aber vor allem die Mitglieder des unmittelbaren Konferenzteams: Alexandra Morasch, Sabrina Oberkamm, Julia Ritzi und Daniel Wicke haben



Einer der beiden Veranstalter und das engagierte Konferenzteam der Karlsruher Tagung. Von links nach rechts: Daniel Wicke, Frauke Höfler, Hagen Krämer, Sabrina Oberkamm, Julia Ritzi, Alexandra Morasch.

sich nicht nur während des eigentlichen Tagungswochenendes, sondern auch bei den Vorbereitungen in den Monaten davor weit über das erwartbare Maß hinaus engagiert und damit einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Konferenz geleistet. Bei der endgültigen Formatierung der Beiträge für diesen Band waren Niels Geiger und Johannes Schwarzer von der Universität Hohenheim eine unverzichtbare Hilfe. Ihnen allen sei herzlich für ihren Einsatz gedankt!

Harald Hagemann

Hagen Krämer

Literatur

- Goodfriend, Marvin (2007): How the World Achieved Consensus on Monetary Policy, *Journal of Economic Perspectives* 21(1), S. 47-68.
- Hagemann, Harald (2009): Keynes und die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise, in: Markus Marterbauer und Christine Mayrhuber (Hrsg.), *Entwürfe für die Zukunft von Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Alois Guger und Ewald Walterskirchen zum 65. Geburtstag, Wien, S. 7-11.
- Kalmbach, Peter und Kurz, Heinz D. (1986): Kritik ohne Fundament oder: Lord Keynes, with some people for friends you don't need enemies, *Diskussionsbeiträge zur gesamtwirtschaftlichen Theorie und Politik* 17, Bremen.
- Krugman, Paul (2009): How Did Economists Get It So Wrong? in: *New York Times*, 2. September 2009.
- Leijonhufvud, Axel (1973): Effective Demand Failures, *Swedish Journal of Economics* 75, S. 27-48; dt. Übers.: Störungen der wirksamen Nachfrage, in: Harald Hagemann, Heinz D. Kurz, Wolf Schäfer (Hrsg.), *Die neue Makroökonomik. Marktungleichgewicht, Rationierung und Beschäftigung*, Frankfurt am Main/New York 1981, S. 263-291.
- Leijonhufvud, Axel (2009): Out of the corridor: Keynes and the crisis, *Cambridge Journal of Economics* 33, S. 741-757.
- Minsky, Hyman P. (1975): *John Maynard Keynes*, New York, dt. Übers.: *John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus*, 2. Auflage, Marburg 2007.
- Minsky, Hyman P. (1977a): A Theory of Systemic Fragility, in: E.I. Altman und A.W. Sametz (Hrsg.), *Financial Crises: Institutions and Markets in a Fragile Environment*, New York.

- Minsky, Hyman P. (1977b): The Financial Instability Hypothesis: An Interpretation of Keynes and an Alternative to 'Standard' Theory, *Challenge* 20, S. 20-27.
- Rothschild, Kurt W. (2010): Die Kontroverse *Frankfurter Allgemeine Zeitung* contra *Handelsblatt*. Einige Bemerkungen zu einem methodologischen Schlagabtausch anno 2009, *Intervention* 7(1), S. 24-31
- Skidelsky, Robert (2009): Keynes. The Return of the Master, London; dt. Übers.: Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert, München 2010.
- Skidelsky, Robert (2011): The Relevance of Keynes, *Cambridge Journal of Economics* 35(1), S. 1-13.